

gruene

09 | 06

blaetter

>> Thema: Unverzichtbares Markenzeichen oder Bermudadreieck der Effizienz?

Grüne, quo vadis?

Die Partei steht nach Bundes- und Landtagswahl vor einer längeren wahlkampffreien Zeit – und, nun mehr gänzlich in der Opposition, vor grundlegenden Fragen: Wie sieht sie aus, die Zukunft der Grünen? Und wie die Grünen der Zukunft?

Im letzten Heft ging es um unsere grundlegende Ausrichtung – darum, welchen Platz wir Grünen im Parteigefüge einnehmen wollen. In der kommenden Ausgabe gehen wir der Frage nach, welche Themen wir künftig in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen sollten. Und diesmal: Wie soll die Partei in Zukunft aussehen?

Ein Klassiker also – die Auseinandersetzung mit unseren grünen Strukturen. „Nicht schon wieder!“ werden einige von Euch stöhnen. Ganz anders werden es vor allem neuere und jüngere Mitglieder sehen: Für sie kann eine umfassende Auseinandersetzung mit den urgrünen Traditionen spannend und gewinnbringend sein.

„Die Alternative zu den herkömmlichen Parteien“ wollten wir sein, und das nicht nur in unseren politischen Inhalten, sondern gerade auch in unseren Strukturen: eben „eine Parteiorganisation neuen Typs“, wie es in unserem ersten Bundesprogramm von 1980 heißt. Manches – etwa das Rotationsprinzip oder die Ehrenamtlichkeit aller Parteiämter – haben wir längst über Bord geworfen, manche Besonderheit aber auch beibehalten.

Mit Blick von außen attestierte der Parteienforscher Joachim Raschke den Grünen vor einigen Jahren gerade aufgrund ihrer Strukturen massive Defizite bei der „strategischen Steuerung und Kommunikation“. Sein Fazit: Die Grünen leiden unter einer „Selbstblockade“ und sind deshalb nur „bedingt regierungsfähig“. Dagegen stellte sein Kollege Franz Walter diesen Sommer fest, dass die Grünen nicht zuletzt wegen ihrer inneren Strukturen immer mehr zu einer „normalen“ Partei geworden seien: „Die grünen Strukturreformen der letzten Jahre zielen in erster Linie auf die Angleichung an die übrigen Parteien, auf Zentralisierung und Hierarchisierung von Kommunikation, Abstimmung und Entscheidung.“

Und wir Grünen selbst – wie sehen wir unsere interne Aufstellung? Diese Frage wollen die GB anhand dreier zentraler Knackpunkte diskutieren: Ist die Frauenquote noch zeitgemäß als Instrument von Gleichberechtigung und Emanzipation? Oder ist sie unverzichtbar in einem Land, in dem in der Ministerriege gerade mal 2 Frauen 10 Männern gegenüberstehen? Was macht es aus, wenn ein Abgeordneter kein oberstes Parteiamt in Baden-Württemberg innehaben darf – schwächt oder stärkt es die Partei? Und die Doppelspitze: Stehen sich zwei im Weg oder sind sie doppelt gut? Wir lassen Pro- und Contra-Stimmen zur Frauenquote, zur Trennung von Amt und Mandat und zur Doppelspitze zu Wort kommen.

Same old story?

Same old story? Oder: Strukturdebatte der anderen Art

Ach ja, die gute (?) alte Strukturdebatte... immer wieder holt sie uns ein, und immer wieder wird sie auf gleiche Art und Weise und mit den gleichen Inhalten geführt. Doppelspitze, Quote, Amt und Mandat – das sind die Standardthemen, mit denen wir uns seit Jahren in immer wechselnder Intensität, aber immer unerschrocken beschäftigen.

Um es vorwegzunehmen: Ich plädiere dafür, in den jetzt vor uns liegenden, wahlfreien Jahren eine andere Strukturdebatte als die althergebrachte zu führen. Ich plädiere dafür, über eine Mit-Mach-Partei zu sprechen, über eine Partei, die Partizipation, Kompetenznutzung, Nachwuchsförderung und Personalentwicklung fördert. Ich plädiere für eine Strukturdebatte über weiße Flecken, was sowohl geographisch wie auch inhaltlich gemeint sein soll.

Konkret: Wir haben als Landespartei im Juli das zweite Trainee-Programm abgeschlossen – mit beiden Programmen, die bisher gelaufen sind, haben wir 20 Menschen durch alle Ebenen der Partei „geschleust“, und weit mehr als die Hälfte davon haben nach dem Programm mehr Verantwortung in unserer Partei übernommen – sei es im Kreisvorstand, in der Redaktion dieser Mitgliederzeitung, in Wahlkampfkommissionen oder wo auch immer. Mein Fazit: Das Trainee-Programm ist eine Erfolgs-Story, ist ein wirksames Instrument zur Personalentwicklung und -bindung – weswegen es auch ab dem Winter in neuer, verbesserter Auflage wieder starten soll.

Wir müssen viel stärker als bisher Mit-Mach-Partei werden. Seien wir doch mal ehrlich: ein neues Mitglied erhält (in der Regel erst nach einiger Zeit –

wir müssen da sehr viel schneller und schlagkräftiger werden...) Post vom Kreis- oder Ortsverband und geht zur Sitzung. Haben wir heute wirklich eine Kultur, die jemand Neuen behutsam in die Höhen und Tiefen grüner Parteipolitik einführt? Oder, ein wenig provokativ gefragt: Schreckt unsere traditionelle Sitzungskultur nicht eher ab als dass sie anzieht? Wir wollen deshalb gemeinsam mit den KreisgeschäftsführerInnen bzw. geschäftsführenden Kreisvorständen auch konkret überlegen, wie wir neue Mitglieder einführen und auch halten können.



Die LAG-Arbeit ist, leider, oft ähnlich eingefahren: LAGen sollen der Ort sein, an dem Fachkompetenz eingebracht und entwickelt werden kann. Ich plädiere für eine sehr viel stärkere Öffnung der LAGen auch hinsichtlich ihrer Strukturen: Mehr Projekt- und damit zielorientierte Arbeit, die Lust macht und motiviert, auch einmal zeitlich befristet mitzuarbeiten und sich und seine Kompetenzen einzubringen. Konkret: Wenn es jemanden gibt, der Interesse daran hat, ein bestimmtes Thema aufzuarbeiten und letztlich sogar in Antragsform für eine LDK in Abstimmung mit dem Landesvorstand zu gießen – dann muss dieses Mitglied wissen, über welche Verteiler sie oder er sich MitstreiterInnen suchen kann. Ich sage nicht, dass das nicht möglich ist – aber, Hand aufs Herz: Welche LAG bewirbt diese Möglichkeiten aktiv?

Und, schließlich, die geographischen weißen Flecken: Verschiedentlich gab es ja Versuche, über die Schaffung

von Regionalstrukturen zumindest grüne Einsprengsel in die weißen bzw. in der Regel politisch schwarzen Flecken zu setzen. Die Auswertung der Projekte, die wir in den vergangenen Jahren als Landesverband in Ulm, Karlsruhe, Schwäbisch Hall und Lörrach gefördert haben (und teilweise, wenn auch reduziert, weiter fördern werden) hat gezeigt, dass erstens es nicht darauf ankommt, ein Büro im Sinne einer festen Anlaufstelle zu haben (ein Irrtum, dem viele lange erlegen sind) – vielmehr ist es wichtig, eine Person zu haben, die, auch kreisverbandsübergreifend, für die Grünen bzw. ihre Regionalstruktur steht. Und die zweite Erkenntnis ist, dass es weniger materiell als vielmehr psychologisch extrem wichtig ist, dass der Landesverband sich am Aufbau dieser Regionalstruktur beteiligt und so einfach Interesse und Unterstützung signalisiert.

Wir haben daraus die Konsequenzen gezogen und werden, mit dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen, in zwei weiteren Regionen versuchen, gemeinsam mit den Kreisverbänden regionale und vor allem öffentlichkeitswirksame Strukturen aufzubauen.

Ich meine, Debatten um die hier angerissenen Fragestellungen sind Strukturdebatten, die uns und die Partei weiterbringen – lasst uns jetzt wirklich die Zeit und die Gelegenheit nutzen, sie zu führen. Und Konsequenzen daraus ziehen.

Eine persönliche Bemerkung zum Schluss: Dies ist – vorläufig – mein letzter Artikel als Landesvorsitzender in diesem Medium, dessen Redaktion ich in den achtziger Jahren lange angehört habe. Deshalb: Den Grünen Blättern alles Gute und eine sichere Zukunft!

>> Andreas Braun
Landesvorsitzender

Doppelspitze

Pro Doppelspitze

Winne Hermann, MdB



Doppelspitze ist nicht einfach, selbst im Fußball ist die eine Spitze die Regel. Zwei, ganz vorne, stehen sich bisweilen im Wege, spielen gegeneinander, gönnen sich die Tore nicht. Und die Medien wollen angeblich auch nur einen Mittelstürmer, eine(n) Sprecher(in). Ich war selbst fünf Jahre zusammen mit Dagmar Dehmer und Barbara Graf Doppelspitze im Landesverband und habe viele Doppelspitzen im Bundesverband und in der Bundestagsfraktion miterlebt und kritisch beäugt. Trotz aller Probleme bleibt insgesamt meine Einschätzung positiv.

Die Anforderungen in Führungsämtern sind inhaltlich, zeitlich und persönlich derart hoch, dass ein Mensch meist überfordert ist. Wenn zwei sich die Themen gut aufteilen, ist es leichter, sich einzuarbeiten und sie nach innen und außen kompetent abzudecken. Der eine ist fit in Sozialpolitik, die andere in der Finanz- und Haushaltspolitik usw. Natürlich gibt es Überschneidungen, die man allerdings gut nutzen kann.

Zwei haben (fast) doppelt soviel Zeit und (bis zu) doppelt so viele persönliche Kontakte wie eine(r) allein. Der eine kann besser führen, die andere besser reden; die eine kann besser mit der Basis, der andere mit den Journalisten.

Zwei Vorsitzende kommen in der Summe der Medien zusammen häufiger vor – und damit die grünen Themen – als nur eine Person. Das gilt

ganz besonders für die Bundesebene. Die anderen beneiden uns um diese Präsenz! Und die Linkspartei macht es uns nach.

Klar ist, Doppelspitzen, die nicht zusammen, sondern gegeneinander spielen oder die intrigieren oder sich widersprechen, schaden dem grünen Ganzen. Aber wenn sie sich anstrengen, zusammen zu arbeiten, sich klug absprechen, sich besprechen und beraten, wenn jede(r) das tut, was er/sie am besten kann, wenn sie gar kollegial zusammenspielen, dann ist eine Doppelspitze klar besser als je eine Singlespitze sein könnte. Im abgestimmten Duett ist man kaum zu schlagen.

Contra Doppelspitze

Sabine Schlager, Geschäftsführerin GAR



Frau und politische Führungsposition schließen sich heute weniger aus als zur Gründungszeit der Grünen. Für diese Entwicklung haben viele Frauen gekämpft: Wir Grünen sorgen mit der Frauenquote dafür, dass der Frauenanteil in allen Gremien, in denen wir vertreten sind, merklich angehoben wird. Dank vieler politischer Pionierinnen wurde die Verknüpfung von Frau und Verantwortung, von Frau und Macht nach und nach selbstverständlicher. Durch die Verdoppelung der Parteispitze haben wir Grünen eine große Zahl von Führungspositionen für Frauen bereitgehalten. Dadurch

wurden bundesweit viele kompetente grüne Spitzenfrauen öffentlich wahrnehmbar.

Ich weiß, dass wir trotz unübersehbarer Fortschritte noch lange nicht am Ziel der Geschlechtergerechtigkeit angekommen sind. Aber ich glaube, dass es nicht mehr notwendig ist, die bisweilen unvermeidlichen Reibungsverluste einer Doppelspitze in Kauf zu nehmen.

Konkurrenz um Medienaufmerksamkeit und innerparteiliche Beachtung ist nämlich nicht notwendiger Weise produktiv: Das Austarieren von Medienauftritten, Terminen und Zuständigkeiten kann auch Energien binden.

Machen wir uns nichts vor: Männer werden von den männlich dominierten Medien und im männlich dominierten Politikfeld stärker beachtet als Frauen. Das heißt, für die gleiche Resonanz muss die Frau im Tandem deutlich besser sein.

Einzelne Frauen können nach vorne kommen, auch wenn ihnen dort kein Platz frei gehalten wird. Ohne zweite Hälfte haben sie dann die ungeteilte Aufmerksamkeit.

Die Frage heißt auch nicht einsame Spitzenentscheidungen contra Teamentscheidungen. Denn das Leitungsteam, mit dem sich die Parteispitze (ob einzeln oder zu zweit) regelmäßig abstimmt, ist der quotierte Landesvorstand mit Vertreterinnen und Vertretern aus vielen unterschiedlichen Bereichen und Ebenen der Partei.

Den (auch finanziellen) Aufwand der Doppelspitze können wir uns sparen. Um Missverständnisse auszuschließen, füge ich an: Die Quotierung aller Gremien werden wir voraussichtlich noch lange brauchen.

Die Abschaffung der Doppelspitze wäre ein Wagnis, das wir eingehen sollten. Wenn wir Frauen selbstbewusst sind, uns gegenseitig stärken, und wenn auch die Männer nicht nach Geschlecht sondern nach Fähigkeit entscheiden, dann wird der Parteivorstand nicht zur frauenfreien Zone.

Pro Frauenquote

Ulrike Maier, Sprecherin
LAG Frauenpolitik



Es waren die Grünen, die 1986 als erste Partei alternierende Wahllisten einführten und einen sprunghaften Anstieg ihres Frauenanteils bewirkten. Auch wenn dies die Geschlechterdemokratie in den eigenen Reihen vorantrieb, ist das Frauenstatut, das „Frauenplätze“ und „freie Plätze“ vorsieht, nach wie vor umstritten.

Dabei ist die Quote keineswegs ein überholtes Instrument aus der feministischen Mottenkiste. Sie sorgt für echte paritätische Verhältnisse, wo sich erfahrungsgemäß kein Automatismus einstellt: bei der Forderung nach Chancengleichheit, die viel zu oft ein Lippenbekenntnis bleibt.

Viele Gründe sprechen für eine Quote: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wirken sich negativ auf die Bereitschaft von Frauen aus, ein Amt zu übernehmen. Viele hoch qualifizierte Frauen haben auch keine Lust, sich in Machtkämpfen aufzureiben: Die Quote macht ein lästiges Ringen um den „Führungsanspruch“ überflüssig und frau kann sich direkt der politisch-inhaltlichen Arbeit widmen. Und was den zahlenmäßigen Männerüberschuss in der grünen Parteibasis angeht: der würde ganz schnell dazu führen, dass mehr als die Hälfte der Ämter mit Männern besetzt werden. Ein Grund mehr, die „fraueninduzierende“ Wirkung der Quote zu verteidigen und diesen hohen Standard nicht aufzugeben gegen ein wohlwollendes: „Das habt ihr doch nicht nötig.“

Das Frauenstatut hat dazu geführt, dass bei den Delegiertenversammlungen Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten sind – besser könnte

man Geschlechterdemokratie nicht demonstrieren. Die Diskussion um die fehlende Doppelspitze im letzten Bundestagswahlkampf zeigte auch, dass diese Strukturen zu einem veränderten Bewusstsein geführt haben: Frauenmangel wird als solcher kritisch wahrgenommen, und zwar auch von Männern. Das gehört weder in der Wirtschaft noch in weiten Teilen der Politik zur Tagesordnung und ist insofern ein herausragendes Beispiel für den Stellenwert, den die Chancengleichheit bei den Grünen hat.

Das Argument, dass man nicht nach dem Geschlecht sondern der Qualifikation wählen soll unterstellt übrigens, dass die Verhältnisse in der Wirtschaft die Minderqualifikation von Frauen widerspiegeln. Dass das nicht der Fall ist, sondern dass es eher an den Rahmenbedingungen und stereotypen Rollenzuschreibungen liegt, wird wohl kaum jemand bezweifeln. Deswegen brauchen wir die Quote: nur mit ihr wird Chancengleichheit *nachhaltig* gewährleistet und nur so entstehen Vorbilder, an denen sich auch junge WählerInnen orientieren können.

Contra Frauenquote

Petra Heinle-Hettig,
Kreisvorstand Ludwigsburg



Seit gut einem Jahr bin ich Grüne. Weshalb ich mich so wohl fühle liegt auch daran, weil es das Frauenstatut gibt: nicht in Konkurrenz zu den Männern zu stehen, Frauenwahlgänge, Wahllisten, die alternierend mit Männer und Frauen besetzt werden, paritätisch besetzte Gremien. Die Gleichberechtigung scheint hier vollzogen zu sein, oder doch nicht?

Die ungeraden Listenplätze stehen

nur den Frauen zu, neben den Frauenwahlgängen gibt es offene Wahlgänge für Männer und Frauen, Frauenvetorecht, Frauenrat, Bundesfrauenreferat, Bundesfrauenkonferenz etc. – gibt es so was auch für Männer?

Je länger ich mich mit dem Frauenstatut beschäftige, desto unwohler fühle ich mich. Was, wenn es umgekehrt wäre? Beispielsweise reine Männerwahlgänge und nur in den offenen Wahlgängen hätten die Frauen die Chance, sich aufstellen zu lassen – und das in Konkurrenz zu den Männern! Daneben Bundesmännerkonferenzen, Männerrat, Männervetorecht etc.? Ich würde Kopf stehen und einen großen Bogen um diese „Macho-Partei“ machen. Ein Wunder, dass es bei uns Grünen überhaupt Männer gibt!

Das Frauenstatut in seiner jetzigen Fassung hatte durchaus seine Berechtigung. In den Anfängen der Partei zu einer Zeit, in der es wichtig war, den Frauen die Möglichkeit zu geben, auf aussichtsreiche Listenplätze zu kommen oder sich aktiv einzubringen und in allen Gremien vertreten zu sein. Aber was die Frauen „damals“ kritisiert haben, nämlich die ungleichen Chancen für Frauen in der Gesellschaft und der Politik, hat sich bei „Grüns“ anscheinend ins Gegenteil verkehrt. Die eine Ungleichheit wurde durch eine andere ersetzt. Das Frauenstatut benachteiligt die Männer in unserer Partei – haben wir das nötig? Wir sollten uns wirklich fragen, ob diese Regelung in dieser Form Bestand haben soll. Ich plädiere hier eindeutig für eine Optimierung – ein Geschlechterstatut! Das Ergebnis wäre eine echte und wirklich gleichberechtigte 50:50-Regelung. Die ungeraden Listenplätze im Wechsel, Vetorechte für alle, Frauen- und Männerwahlgänge etc. – und sollten beispielsweise bei Wahlgängen tatsächlich mal Plätze nicht besetzt werden können, so müssten diese natürlich auch dem anderen Geschlecht zur Verfügung stehen. Ich denke, was für uns Frauen gilt, muss auch für unsere Männer gelten – dann würde ich mich bei den Grünen noch besser aufgehoben fühlen.

Pro Trennung von Amt und Mandat

Christian Brugger, Schatzmeister Grüne Jugend BW, Kreisvorstand Karlsruhe



Basisdemokratie und eine breite Verteilung politischer Macht waren die wesentliche Gründe für die Einführung der Trennung von Amt und Mandat. Grüne Politik in Partei und den Fraktionen sollte nicht von wenigen Einzelnen bestimmt werden, autoritäre Führungen sollten verhindert werden.

Funktioniert hat das nur in beschränkter Form, der Drang zur Macht hat auch bei uns zu einem Führungsstil geführt, der häufig mit Basisdemokratie nicht viel gemeinsam hat.

Die Abschaffung eines der letzten Instrumente zur Sicherung der Machtverteilung würde aber kaum eine Verbesserung der Situation bedeuten, sie wäre höchstens eine Kapitulation.

Es ist verständlich, dass sich viele unserer MandatsträgerInnen Strukturen wünschen, die sie im politischen Tagesgeschäft für flexibler und ungezwungener halten.

Die Parteibasis kann aber kein Interesse daran haben, Machtpositionen zu schaffen, nur damit die Presse einheitliche AnsprechpartnerInnen bekommt.

Aufgabe der Partei und ihrer Führung ist es, langfristige Konzepte zu entwickeln und klare Ziele zu verfolgen. Sie sollte sich nicht Anbiederungsversuchen und Koalitionszwängen unterworfen fühlen, sondern ein eigenständiges Profil ausbilden und sich klar

gegenüber anderen Parteien abgrenzen.

Die Fixierung auf weniger Personen würde es aufstrebenden Mitgliedern erschweren, auf der politischen Bühne Fuß zu fassen und sich mit den eigenen Themen zu profilieren.

Die Basis bekommt dadurch nicht mehr Wahlmöglichkeiten, die Zahl der bekannten Gesichter und erfahrenen KandidatInnen würde sich noch weiter verringern.

Auch wenn sich die WählerInnen und die Medien in der Politik „Köpfe“ wünschen, kann dies für uns nicht bedeuten, Politik nur noch wenigen Führungspersonen zu überlassen.

Die Trennung von Amt und Mandat ist trotz ihrer Mängel ein notwendiges Mittel für die Wahrung der Basisdemokratie. Parteiführung und -basis sollten gemeinsam zusätzliche, bessere Mittel entwickeln und einführen, statt eine der letzten „heiligen Kühe“ den vermeintlichen Sachzwängen zu opfern.

Contra Trennung von Amt und Mandat

Sebastian Engelmann
Kreisverband Lwigsburg



Baden-Württemberg sollte endlich der bundesweiten Entwicklung nachkommen, und die Trennung von Amt und Mandat aufheben. Abgesehen davon, dass sich bereits bei einer Urabstim-

mung die deutliche Mehrheit der Parteimitglieder hier im Land dagegen ausgesprochen hat, gibt es keine nachvollziehbaren Gründe, an der alten Regelung festzuhalten. Die Kommunikationskanäle sind überfüllt, und gerade wir Grüne merken momentan, wie schwierig es ist, medial mit Themen durchzudringen. Partei und Fraktion neutralisieren sich in Berlin gegenseitig. Das wiegt im Land noch viel schwerer, da das Interesse an der Landespolitik eher gering ist.

Mandatsträger haben im Parlament bereits eine gewisse Öffentlichkeit. Verbunden mit einem Parteiamt werden solche Akteure medial mehr wahrgenommen – und damit unsere Themen. Das liegt wohl in unser aller Interesse. Ob Amt und Mandat zusammen zu viel Macht bedeuten, können doch die Delegierten selbst entscheiden bei Wahlen für Parteiämter. Delegierte sind mündige Menschen, denen solch eine Entscheidung selbst überlassen werden soll. Sie müssen nicht krampfhaft erzogen werden.

Für den Landesvorsitz kommen profilierte MandatsträgerInnen, welche der Presse bereits gut vertraut und möglicherweise im Land schon bekannt sind, per se nach unserer Regelung gar nicht in Frage. Damit schwächen sich die Grünen selbst, geben kostbares Personal verloren und sind selbstverschuldet im Nachteil im Ringen um Aufmerksamkeit. Nicht jedes urgrünes Markenzeichen ist heute noch sinnvoll. Das haben wir bei der Rotation bereits gesehen. Dass gerade die Grüne Jugend mehrheitlich so strukturkonservativ in dieser Frage ist, bleibt dabei verständlich. Die Erfahrung mit MandatsträgerInnen im Parteirat lehrt uns doch, dass dies gut funktioniert und den Kommunikationsfluss zwischen Partei und Fraktion verbessert hat.

Grünes Markenzeichen sollten Themen, keine Satzungsstrukturen sein.

Die Globalisierung gestalten

Die Globalisierung macht nicht halt vor Baden-Württemberg. Das Klima wandelt sich, vom Menschen verursacht. Fossile, also endliche Energieträger, das bisherige billige Schmieröl der Industrienationen, werden nie mehr billig sein. Billiglohnländer produzieren Waren zu einem Bruchteil der bei uns hierfür anfallenden Kosten. Bildungsländer sind uns im Wissenswettbewerb weit voraus. Für ein Land, das mit einem Anteil von über 50 Prozent vom Export lebt, steht viel auf dem Spiel.

Wir sollten uns aber nicht als Opfer fühlen und uns abschotten. Wer, wenn nicht unser Land hat die besten Voraussetzungen, diesen Wandel aktiv mitzugestalten?



Die wichtigste Ressource ist unsere Gescheitheit

Baden-Württemberg hat nur erneuerbare Ressourcen, und die wichtigste Ressource ist unsere Gescheitheit. Der PISA-Vergleich hat gezeigt: International sind wir nur Bildungsmittelmaß.

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, dass wir mehr Studienplätze brauchen – nach unserer Rechnung bis 2012 etwa 19.000. Zugleich muss die Ausbildungssituation an den Schulen verbessert werden.

Für diesen Kraftakt haben wir einen Bildungspakt vorgeschlagen: Das Land finanziert die notwendigen Stellen in Schulen und Hochschulen vor. Das Geld wird zurückgezahlt, wenn die Schülerzahlen nach 2012 zurückgehen und Lehrerstellen frei werden.

Ökologie als Motor von Innovationen

Nirgendwo sind die globalen Herausforderungen so deutlich wie beim Klimawandel und bei der Verknappung der Ressourcen. Wir haben die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in marktfähige Produkte, Dienstleistungen und Verfahren umzusetzen. Wir haben die Fähigkeit, mit Energieresourcen und Material intelligent, das heißt sparsam und rationell, umzugehen.

Die Ökologie als Motor von Innovationen – im Energiesektor, bei Produkten und Dienstleistungen sowie der Mobilität – gehört daher ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Ökoeffizienz wird in Zukunft ein Gradmesser für die Leistungsfähigkeit eines Betriebs und einer Volkswirtschaft sein.

Integration gehört in den Mittelpunkt der Politik

Dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird mittlerweile zähneknirschend auch von der CDU eingestanden. Wenn wir es nicht schaffen, friedlich und integriert in der einen Welt zusammenzuleben, dann werden schwerwiegende Ereignisse, wie wir sie mit dem Terroranschlag am 11. September 2001 hatten, alle wirtschaftliche Wohlfahrt gefährden. Die Integration hier lebender MigrantInnen und deren hier geborenen Nachkommen der zweiten und dritten Generation gehört zu den großen Herausforderungen des kommenden Jahr-

zehnts. Sie verlangt entsprechende Angebote durch die Politik; wir fordern aber auch die aktive Bereitschaft der nach Deutschland gezogenen Menschen, sich zu integrieren.

„Am Gelde hängt doch alles“
(Goethe)

Auch wenn wir Grüne bei jeder politischen Idee bemüht sind, mit kreativen Vorschlägen möglichst viel mit wenig Geld zu bewirken, so braucht die Mitgestaltung der Globalisierung doch finanzielle Mittel. Das Land hat aber kein Geld. Es hat durch die kurzsichtige Politik der CDU-geführten Regierungen nur Schulden. Das heißt, wir müssen sparen, um an den entscheidenden Stellen auch investieren zu können.

Statt mit der Rasenmähermethode zu sparen, müssen gezielt Schwerpunkte gesetzt werden. Unsinnige Großvorhaben wie Stuttgart 21, die Subventionierung von Landesmesse und Billigfliegern gehören auf den Index; beim Landespersonal kann und muss strukturell gespart werden: bis 2015 können 20.000 Stellen sozialverträglich und ohne Kündigung abgebaut werden. Zugleich muss in Bildung investiert werden, vom Kindergarten bis zur Hochschule, muss die Forschung und Entwicklung von Umwelttechnologien gefördert werden und brauchen wir mehr Mittel für die Integration. Das sind Investitionen in die Zukunft. Sie befähigen uns, die Globalisierung in unserem Sinne mitzugestalten und Baden-Württemberg als prosperierendes, lebenswertes Land zu erhalten, in dem es gerecht zugeht.

>> Winfried Kretschmann
Fraktionsvorsitzender

Unsere OB für Heidelberg: Caja Thimm

Für Heidelberg bringt der 22. Oktober eine historische Chance. Die Amtsinhaberin Beate Weber (SPD) tritt nicht mehr an und so startet das Rennen um den OB-Stuhl offen. Bisher gibt es drei aussichtsreiche KandidatInnen: Die Konservativen schicken gemeinsam Eckart Würzner ins Rennen, den amtierenden, parteilosen Umweltbürgermeister. Für die SPD kandidiert Jürgen Dieter, derzeit stellvertretender Geschäftsführer des hessischen Städtetages, ehemaliger Bürgermeister von Lampertheim. Konservative und SPD bieten also zwei Männer an: einer aus Heidelberg und schon bekannt, einer von außen und bisher unscheinbar, beide mit kommunalpolitischer Erfahrung.



Doch für GAL-Grüne steht fest: Wir wollen OB werden, und wir haben die Kandidatin dafür: Caja Thimm ist nämlich beides: Sie lebt seit ihrem Studium hier und war Stadträtin und Fraktionsvorsitzende der GAL im Gemeinderat. Und sie bringt Erfahrung von außen mit: Seit 2000 ist sie Professorin an der Uni Bonn, seit 2005 geschäftsführende Direktorin des Institutes für Kommunikationswissenschaften. Erfolgreich, Heidelbergerin, Leitungserfahrung, frische Ideen: Kann man sich eine bessere Mischung für Heidelberg vorstellen?

>> Anna Christmann, Kreisvorstand Heidelberg, Sprecherin LAG Hochschule

Unser OB für Tübingen: Boris Palmer

Seit 2004 sind wir stärkste Fraktion im Tübinger Gemeinderat, bei der Landtagswahl haben wir mit Boris Palmer ein Traumergebnis erzielt. Jetzt fehlt uns noch ein Grüner Oberbürgermeister!



So sehen das Boris Palmer und die Mitgliederversammlung auch. Die Bürgerinnen und Bürger Tübingens kennen ihn, er hat Freunde bei der Universität wie bei den Obstbauern, er kennt Tübingen, er hat sich pointiert zu vielen lokalen Angelegenheiten geäußert. Tübingen kann Umwelthauptstadt werden, die Bürgerschaft von bewahrend, knitz und konservativ bis global engagiert und weltläufig ist bereit, da mitzuwirken. Die Amtsinhaberin bewirbt sich wieder. Doch herrscht Wechselstimmung in Tübingen. Viel Unmut über die SPD-Bürgermeisterin hat sich angehäuft. Wir sind bereit, unter gewendeten Vorzeichen, nicht rot-grün sondern grün-bunt die Tübinger Politik zu gestalten mit Boris Palmer als unserem Oberbürgermeister, so es die Wählerinnen und Wähler wollen. Dafür setzen wir uns ein. Boris Palmer ist 34 Jahre jung, es ist Zeit für seine Generation.

>> Helga Vogel
Fraktionsvorsitzende AL/Grüne Tübingen

Hinweis in eigener Sache:

Auf der LDK in Bad Krozingen im November werden zwei Plätze in der GB-Redaktion nachgewählt. Bei Interesse und Nachfragen meldet Euch bitte in der Landesgeschäftsstelle, landesverband@gruene-bw.de



photocase.de

Stellenangebot

Tübinger Rechtsanwalt (Details www.ragreiner.de) sucht Kollegen/In mit Berufserfahrung zur Anstellung Voll- oder Teilzeit. Erwartet und geboten wird Arbeit auf hohem Niveau im Zivilrecht, v.a. Immobilienrecht.

Anfragen ausschließlich per E-mail an privat@ragreiner.de.

Adressen und Termine

>> Adressen

**Landesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Baden-Württemberg**
Landesgeschäftsstelle
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel (0711) 99 35 90
Fax (0711) 99 35 999
landesverband@gruene-bw.de
www.gruene-bw.de

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN im
Landtag von Baden-Württemberg**
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Tel. (0711) 2063-683
Fax: (0711) 2063-660
post@gruene.landtag-bw.de
www.bawue.gruene-fraktion.de

**Bundesverband
Bündnis 90/DIE GRÜNEN**
Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel. (030) 28442-0
Fax (030) 28442-210
bgst@gruene.de
www.gruene.de

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Bundestagsfraktion**
Platz der Republik 1
10110 Berlin
Tel. (030) 227-56789
Fax (030) 227-56552
epost@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

>> Termine

16. September 2006
Leipzig:
„Die Zukunft der Daseinsvorsorge –
zwischen kommunaler Organisa-
tionshoheit und EU-Vergaberecht“.
Leipziger Kommunalkonferenz, ver-
anstaltet u.a. von Heide Rühle,
MdEP.
Nähere Infos unter www.heide-ruehle.de bzw. im baden-württembergi-
schen Büro Rühle,
Kontakt: tilo.berner@gruene-bw.de

6.- 7. Oktober 2006
Lindau:
„Auf der Suche nach Europa. Wirt-
schaftskoloss ohne Identität?“
Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung.
Mehr: www.boell-bw.de

20.- 21. Oktober 2006
Berlin:
Jugendumweltkonferenz im Bundes-
tag.
Für Nähere Informationen und zur
Anmeldungen kontaktiert bitte das
Wahlkreisbüro Karlsruhe von Sylvia
Kotting-Uhl, MdB:
sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

11./12. November 2006
Bad Krozingen:
21. Landesdelegiertenkonferenz von
Bündnis 90/Die Grünen Baden-Würt-
temberg.
Tagungsort:
Kurhaus Bad Krozingen,
Herbert-Hellmann-Allee 12,
79189 Bad Krozingen.
www.bad-krozingen.info
Nähere Informationen folgen, mehr
siehe auch unter www.gruene-bw.de

**17. November 2006, 17.00–21.00,
18. November 2006, 9.30–17.00 Uhr,
Stuttgart:**
"Toleranz ohne Ende – Ende der
Toleranz?" Anerkennung in der Ein-
wanderungsgesellschaft
Jahrestagung der Heinrich-Böll-
Stiftung. Nähere Informationen und
Rückfragen unter www.boell-bw.de

**Samstag, 25. November 2006,
13.00–17.00 Uhr, Tübingen:**
"Kommunale Kulturpolitik".
Kommunalpolitisches Seminar der
HBS. Nähere Informationen unter
www.boell-bw.de

>> Impressum

Herausgeber
Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Forststraße 93, 70176 Stuttgart
Tel. (0711) 99 35 90, Fax (0711) 99 35 999

Redaktion
Tilo Berner, Philip Eberhardt, Gisela Hotz, Dr. Kurt Köhler, Andrea Lindlohr
Helene Rädler, Susanne Roßbach, Wolfgang Schmitt, Daniela Wente

Layout & Satz
Katrin Ströbel

Druck
Oktoberdruck AG, Berlin
(Auflage 6.500 Stück)